



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanschriften nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 5. bis 11. Oktober 1919  
ist die Beitragsmarke in das mit 41 bezeich-  
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Die vom Verbandsvorstand und der Redaktionskommission vorgenommene Wahl des Redakteurs der „Solidarität“ ist auf den Kollegen Karl Schulze, Frankfurt a. M., gefallen, der mit dieser Nummer die Leitung des Blattes übernimmt. Den übrigen Bewerbern, die bei der Wahl nicht berücksichtigt werden konnten, danken wir für ihre Angebote.

Alle für die Redaktion und Expedition der „Solidarität“ bestimmten Zuschriften sind an Karl Schulze, Berlin N.O. 18, Elbingerstraße 18 III, zu richten.

### Die Redaktionskommission.

Otto Bleich.

### Der Verbandsvorstand.

Engelbert Bucher.

### Ausschreibungen.

Im Gau IV (Süd-Bayern) ist die Stelle des Gauleiters mit dem Sitz in München zu besetzen. Bewerber resp. Bewerberinnen müssen über agitatorische und verwaltungstechnische Fähigkeiten verfügen und gewandt in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegenchaft sein.

Mindestens fünfjährige Mitgliedschaft ist Voraussetzung.

Bewerbungen sind schriftlich bis zum 11. Oktober an den Verbandsvorstand zu richten.

Für die Zahlstelle Hannover wird zum baldigen Antritt ein Ortsbeamter gesucht. Kollegen bzw. Kolleginnen, die fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen, organisatorische Befähigung nachweisen können und bebegewandt sind, wollen ihre Bewerbungen bis spätestens 11. Oktober d. J. dem Verbandsvorstande einreichen.

Die Zahlstelle Düsseldorf hat eine Erhöhung des Lokalbeitrages von 10 auf 30 Pfennige wöchentlich ab 1. Oktober beschlossen, wozu der Verbandsvorstand seine Genehmigung erteilt.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

## Unsere Lohnbewegungen.

Der vergangene Monat brachte in den meisten Zahlstellen wiederum eine Erhöhung der Teuerungszulagen. Die Sätze richteten sich naturgemäß nach den vom Tarifausschuß für die Gehilfen festgelegten Aufschlägen. Das Erreichte befriedigte im allgemeinen die gelehrten Arbeiter so wenig wie das Hilfspersonal. In den Berichten, die der „Korrespondent“ aus allen Gebieten des Reiches bringt, wird auf das Mißverhältnis zwischen der fortwährenden Preissteigerung und den dagegen geringfügig scheinenden Zulagen hingewiesen, außerdem

aber wird noch in einzelnen Zuschriften eine ungerechte, durch den Buchdruckertarif festgelegte Wertung der sozialen Verhältnisse in den Provinzorten bemängelt. Für die Hilfsarbeiter besteht aus diesem Grunde kein Anlaß zur Klage. Eine lohn-tarifliche Regelung für das ganze Reich ist nicht vorhanden. Es ist daher dem freien Spiel der Kräfte überlassen, Löhne und Lohnforderungen festzusetzen und durchzuführen. Das Stärkeverhältnis in den Organisationen und die wirtschaftliche Lage des Gewerbes ist allein maßgebend. Vorbildlich wird vielen Orten Berlin gewesen sein, das zuerst abschloß. Bei Aufstellung der Forderungen hielt man sich allerdings nicht an die durch den Buchdruckertarif festgelegten prozentualen Aufschläge, sondern versuchte, die in Berlin bewilligten Sätze durchzubringen. In den gut organisierten Provinzorten ist das nicht nur gelungen, in drei Zahlstellen wurde nach den vorliegenden Berichten der Berliner Satz sogar überschritten und die Zulage der Gehilfen von 12,— Mk. erreicht. Allerdings ist die Höhe der Teuerungszulagen bei dem Hilfspersonal nicht gleich, sie wird abgestuft nach verschiedenen Positionen, nach Alter, Geschlecht, und besonders wird die Arbeit, die der Beschäftigte im Betrieb verrichtet, daraufhin angesehen, ob sie „qualifiziert“ ist oder nicht und danach bewertet. So versteht sich der angeführte Satz meist nur für geübte Hilfsarbeiter über 20 Jahre, während die Zulage für die Kolleginnen durchschnittlich um ein Drittel niedriger ist. Der Begriff „geübter“ Hilfsarbeiter ist aber nicht überall fest umrissen, er findet mancherlei Auslegungen bei den Verhandlungen und muß meistens besonders festgelegt werden. Unsere Funktionäre haben bei dem Bestreben der Unternehmer, die verschiedenartigen Verrichtungen des Hilfspersonals herabzusetzen, sie als eine Tätigkeit anzusehen, die jeder Mann oder jedes Mädchen „von der Straße“ verrichten kann, einen schweren Stand. Einig ist man eigentlich nur bei der Bewertung der Arbeiten des Anlegens, an der Rotationsmaschine und in der Stereotypie. In den Steindruckbetrieben findet man oft noch feinere Unterscheidungen. Die nach jeder Verhandlung festgelegten Zulagen zeigen in der Niederschrift oft zehn bis zwölf verschiedene Lohnpositionen. Obenan prangt der hohe Satz, diesmal 11,— und 12,— Mk., der dann langsam aber sicher bis auf 3,— Mk. hernuntergeht.

Das Resultat braucht in Mitgliederkreisen nicht erst große Unzufriedenheit auszulösen, sie bestand meistens schon. Es ist grundverkehrt, für die Angehörigen unseres Gewerbes — wir glauben, hier die Gehilfen einnehmen zu können — mit der Behauptung zu kommen, daß die neuzeitlichen Strömungen in Arbeiterkreisen nach der Revolution eine vernünftige und sachgemäße Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ersticken und nur im politischen Sympetrisalismus besagene, im wilden Drang nach wirtschaftlicher Befreiung taumelnde, also ungeschulte, unzeitige Wortführer in den Versammlungen Stimmung für eine sogenannte revolutionäre Behandlung gewerkschaftlicher Forderungen machen. Durchaus bewährte, ruhige und kühl abwägende Gewerkschaftler mit richtigem Augenmaß bekommen

heute heißes Blut, wenn sich auf Unternehmerseite Maßnahmen erkennen lassen, die in voller Anerkennung der traurigen Lage der Lohnarbeiter darauf hinaus führen, nicht mehr verstandesgemäß und vernünftig etwa entstehende Konflikte, die meistens nicht nur der eine Teil verschuldet, beizulegen, sondern durch brutale Nachanwendung auszugetragen. Ob unsere Arbeitgeber großen Nutzen aus ihrer neuen Taktik ziehen werden, wagen wir sehr zu bezweifeln. Die Zeiten sind allerdings dahin, da man auf eingereichte Forderungen der Hilfsarbeiter nach mehrwöchiger Wartefrist versprach, berechnigte Wünsche des Hilfspersonals in wohlwollender Erwägung zu ziehen und einseitig Lohnregulierungen vornahm. Die Unzufriedenheit in unseren Mitgliederkreisen erklärt sich aus der traurigen Tatsache, daß es einfach nicht möglich ist, mit den bestehenden Löhnen trotz aller Teuerungszulagen alle die Ausgaben zu bestreiten, die an ein Arbeiterbudget gestellt werden oder gestellt werden müßten. Die Aufwendungen für Lebensmittel, Miete und Steuern verschlingen schon den Wochenverdienst, Anschaffungen müssen unterbleiben oder können nur auf Kosten der Ernährung bestritten werden, und an eine Rücklage für Krankheitsfälle in der Familie oder Arbeitslosigkeit ist überhaupt nicht zu denken. Die hochgepaukten Hoffnungen auf eine den Verhältnissen entsprechende reichliche Zulage werden jedesmal getäuscht, und die Folge sind stürmische Versammlungen, die in ihrer Mehrheit oft nicht verstehen können, daß der Unternehmer nicht gewährt, was bitternotwendig zum Leben ist. An wen soll sich der Arbeiter denn auch zuerst wenden, um die Mittel zur Bestreitung seiner Ausgaben im Haushalt zu erlangen? Ganz naturgemäß doch an seinen Arbeitgeber, von dem er annimmt, ihm ist die Möglichkeit durch sein Geschäft gegeben, das Mehr an Arbeitslohn hereinzubringen. Sieht er dann aber auf der Gegenseite das Bestreben, die Löhne zu kürzen, so werden die in begreiflicher Erbitterung begangenen Unbesonnenheiten an manchen Orten, die dort zu Umständen geführt haben, durchaus verständlich. Es fällt keinem überlegten Arbeiter unseres Gewerbes ein, seinen Prinzipal für die durch und durch kranke Volkswirtschaft und die sauren Zukände im Reich allein verantwortlich zu machen. Diesem Uebel ist nur durch Lohn erhöhungen nicht beizukommen. Was er sehen will, ist soziales Verständnis, das sich nicht nur in Worten äußern soll, sondern durch die Tat bewiesen werden muß.

Für die Gehilfen wird durch den Spruch der Tarifinstanzen in Berlin sofort jeder, auch der kleinste Trudort erfaßt, so daß sich Veränderungen in bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit fast automatisch realisieren. Bei uns Hilfsarbeitern liegen die Dinge bekanntlich anders. Nur in einzelnen größeren Orten sind Vereinbarungen über Arbeitsverhältnisse getroffen. Eine zentrale Regelung über Arbeitslöhne gibt es überhaupt nicht. Bei den Verhandlungen der Unternehmer mit den Gehilfen wird der Hilfsarbeiter kaum Erwähnung getan, nur einmal wurde empfohlen, dem Hilfspersonal eine natürlich entsprechend niedrigere Zulage zu gewähren. Wir müssen eben selbst aufsehen, wie

und wo wir unsere Forderungen zur Anerkennung bringen. Da, wo die „Allgemeinen Bestimmungen“ noch Geltung haben, ist es weniger schwierig, wenn auch nicht leicht, zu Verhandlungen und damit zu einem allerdings weniger befriedigenden Abschluss zu kommen. Die größte Zahl der Druckorte, in denen unsere Organisation fest Fuß gefast hat, ist aber jungfräulicher Boden und von Forderungen der Hilfsarbeiter bis zu diesem Jahre noch unberührt geblieben. Da herrschten wahrhaft idyllische Zustände, manchmal so jämmerlich und so traurig, daß es ein Wunder ist, wie die Beschäftigten ihr Leben haben fristen können. Wir sind diesen Unternehmern dankbar, denn sie haben ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Weg zu uns gewiesen. Dort stehen wir nun fast unausgesetzt in Lohnbewegungen, die sich oft nicht in Verhandlungswege durchführen lassen. In mehreren Orten zugleich ist immer Krieg. Die Personale versuchen eben nachzuholen, was sie in den langen Jahren veräumt haben. Mit Zulagen bis 12.— Mtl. ist ihnen selbstverständlich nicht geholfen. Die eblen Menschenfreunde, die ihre Mädchen oft zu Hundesöhnen haben arbeiten lassen, müssen da schon etwas tiefer, in den Säckel greifen. Manderorts ist es zu tariflichen Abmachungen gekommen, und diese Fälle mehren sich erfreulicherweise. Auch dort müssen die neuen Teuerungszulagen gefordert und gezahlt werden. Die Arbeit geht rege von statten und die Berichte aus diesen Orten melden gute Fortschritte.

Nicht so leicht wird es sein, eine einheitliche Regelung in bezug auf Arbeitsbedingungen und -lohn für alle Zustellen zu finden. Sie muß aber und wird geschaffen werden. Es bis noch in diesem Monat beginnenden Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarif für das Hilfspersonal von Erfolg sein werden, ist abzuwarten. Zu dem geplanten Reichstarif selbst wird noch einiges zu sagen sein.

## Zerfetzungsarbeit in den Gewerkschaften.

Einen sehr beachtenswerten Artikel unter dieser Ueberschrift las ich vor einigen Tagen, und dieser veranlaßte mich, auch an dieser Stelle einmal mit den Kollegen und Kolleginnen dieses Thema zu besprechen, zumal auch in unserer Mitgliedschaft das Gefühl sich immer mehr ausbreitet, innerhalb unseres Verbandes bilden sich allmählich mehrere politische Strömungen. Ein fleißiger Besuch unserer Versammlungen, die doch meist nur rein wirtschaftliche oder lokale Interessen als Themen auf ihrem Programm verzeichnet haben, wird bald den Zuhörer davon überzeugen, daß auch hier dauernd geheime Kräfte am Werke sind, inwiefern als möglich politische Tendenz in die Versammlungen hineinzutragen, und nicht selten hat es auf mich den Eindruck gemacht, als wolle sich eine solche Versammlung mehr mit der Frage beschäftigen, welche Zeitung ist für uns das geeignetste politische Anklärungsorgan und welche politische Partei ist die für uns maßgebende, obwohl als Tagesordnungspunkt auf der Einladung zu lesen war: Wie stellt sich das Hilfspersonal zur Frage einer Neuregelung unserer den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Entlohnung oder dergleichen.

Welcher politischen Richtung auch dieser oder jener Verbandsskollege angehören mag, das ist persönliche Angelegenheit, aber als Gewerkschaftler müssen wir vor allem das eine im Auge behalten, wir sind eine wirtschaftliche Kampforganisation gegen die Ausbeutung seitens des Unternehmertums — nach wie vor — und wollen uns ja nicht in dem Traume wiegen, daß uns nunmehr im sozialistischen Staate wenn man ihn so nennen darf — die gebratenen Tauben in den Mund fliegen wie in Schlaraffia. Durch das Hineintragen irgendwelcher politischer Momente in eine solche Versammlung aber werden wir niemals eine Kampforganisation für unsere Grundprinzipien auf wirtschaftlichem Gebiete großziehen, sondern das Gegenteil erreichen.

Die erst durch den politischen Umschwung für unseren Verband neugeworbenen Mitglieder — und es sind deren nicht wenige —, denen ohnehin die gewerkschaftliche Schulung und Disziplin noch fremd sind, werden beim Besuch derartiger Versammlungen, in denen es oft auch recht erhitte Gemüter durch derartige politische Auseinandersetzungen gibt, derart beeinflusst, daß sie entweder überhaupt kein richtiges Vertrauen zur Gewerkschaft fassen oder aber, wenn es doch einmal auf eine ernsthafteste Probe im Lohnkampfe ankäme, sie von vornherein die Bankrottspielen würden.

Wollen wir aber das bleiben, was wir bisher gewesen sind, so muß es unsere erste Aufgabe sein, unsere Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen freizuhalten von allen politischen Debatten, und hierbei möchte ich im besonderen an die Leiter und Führer unserer Zusammenkünfte appellieren, großen Wert darauf zu legen, daß derartige politischen Siphons, für welche Partei sie auch zu agitieren versuchen, die Versplitterungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften nicht allzu leicht gemacht wird, damit auch hier schon der rein wirtschaftliche Charakter derselben gewahrt bleibt. Den Gehopsteln aber empfehle ich dringend den Besuch der Parteiversammlungen, um ihren Herzen Luft zu machen, aber uns in unserer wirtschaftlichen Kampfeinheit nicht zu spalten. Den Unternehmern könnte letzteres nur angenehm sein, denn je mehr wir uns selbst zerfleischen, um so ungefährlicher werden wir für sie. Dagegen weisen sie unsere Drohungen zurück, gestärkt in dem Bewußtsein, daß wir ihnen keine geschlossene Pöbelang entgegenstellen können. Diese Wahrnehmung haben wir bei Lohnfreitigkeiten mit ihnen schon öfter machen müssen.

Ich kann mich aber auch aus persönlicher Ueberzeugung des Eindrucks nicht erwehren, daß eben gerade die Führer von Versammlungen sich sehr leicht hinreißen und ihren politischen Gefühlen allzu freien Lauf lassen, nachdem eine derartige Debatte eingeleitet hat und, statt streitschlichtend und beruhigend zu wirken, selbst am kräftigsten in das Radabhorn mit hineinstoßen.

Ganz ohne politische Propaganda ist ja auch die Wahlagitatorik für unsere Verbandsvorsitzenden nicht vor sich gegangen, auch da spielte die politische Anschauung der beiden Kandidaten eine nicht unbedeutende Rolle, und ich bin überzeugt, daß das Wahlergebnis einheitlicher ausgefallen wäre, hätte man nicht auch hier die Politik mit Gewerkschaft verquickt. Es wird mir keiner unserer Verbandskollegen bestreiten wollen, daß die Hälfte unserer gesamten Mitgliedschaft weber den Kollegen Bucher noch Kollegen Bloth kannte, weber dem Namen nach, geschweige denn persönlich, und lediglich ist es das Werk unserer Gauleiter gewesen, je nach ihrer persönlichen Auffassung für diesen oder jenen Kandidaten die Werbetrommel zu rühren. Daß hierbei auch die politische Meinung des einzelnen Gauleiters nicht ohne Einfluß war, ist wohl selbstverständlich.

Wollen wir uns also für die Zukunft nicht selbst kampfunfähig machen, dann muß auch für uns die Devise gelten: Hinaus mit allem politischen Parteihader aus der Gewerkschaft!

Anmerkung der Redaktion: Der Kollege irrt mit seiner Annahme, daß die Kollegen Bloth und Bucher verschiedene politische Ansichten haben. Sie gehören beide einer Partei an. Wenn bei der Wahlagitatorik künstlich ein politischer Gegensatz zwischen den Kandidaten konstruiert wurde, so liegt eine bewusste Verfälschung der Wähler vor.

## Zarifabschluß in Offen.

Nachdem noch bis vor kurzer Zeit die Essener Prinzipalität sich entschieden weigerte, mit unserer Organisation Abschlüsse irgendwelcher Art zu treffen, reichte am 27. August die dortige Kollegenchaft einen Tarifentwurf ein, mit dem Ersuchen um Eintritt in Verhandlungen.

Ob nun die Vorgänge in einer Anzahl von Städten im Gau I den Essener Prinzipalen die Nützlichkeit ihres Widerstandes gegen unsere Organisation noch nicht zu Genüge begründet gemacht hatten, sei dahingestellt. Nebenfalls versuchte man, Zeit zu gewinnen, indem man sich auf den angeblich noch diesen Monat in Kraft tretenden Reichstarif berief, der den Abschluß eines Orts-tarifens zwecklos mache.

Der noch in letzter Stunde von seiten der Lohnkommission unternommene Versuch, den Prinzipalen die Gefährlichkeit ihres Verschleppungs-mandens klar zu machen, scheiterte, so daß die Kollegenchaft in einer Versammlung am 9. September den Streikbeschluß fakte und sofort für die Nachtbetriebe zur Durchführung brachte. Der Erfolg war, daß in Offen, mit Ausnahme eines Blattes, welches um die Zeit des Beschlusses schon gedruckt war, am anderen Morgen keine Zeitungen erschienen.

Noch in der Nacht hatten die maßgebenden Druckereibesitzer dem anwesenden Gauleiter, Kollegen Bell, erklärt, daß sie am anderen Tage zu Verhandlungen bereit seien. Diese führten denn auch innerhalb kurzer Zeit zu einem Abkommen, dessen wichtigste Bestimmungen nachstehend mitgeteilt seien.

§ 1.

Als Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen gelten alle über 16 Jahre alten in den Betrieben

der Buchdruckereien und verwandten Geschäftszweige beschäftigten Personen, welche die in diesen Betrieben ausgeübten Berufe nicht ordnungsgemäß erlernt haben und deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht durch Tarife anderweitiger Art geregelt sind.

§ 2.

Der Mindestwochenlohn für jugendliche Männliche beträgt: 14 Jahre 20.— Mtl., 15 Jahre 30.— Mtl.; für Weibliche: 14 Jahre 18.— Mtl., 15 Jahre 24.— Mtl.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren dürfen nicht an Maschinen beschäftigt werden.

Der Mindestwochenlohn für Männliche beträgt: 16 Jahre 42,50 Mtl., 17 Jahre 50.— Mtl., 18 bis 20 Jahre 68.— Mtl., 21 bis 23 Jahre 78.— Mtl., 24 Jahre und darüber 92.— Mtl.; für weibliche Arbeiterinnen: 16 und 17 Jahre 35.— Mtl., 18 Jahre 37.— Mtl., 19 Jahre und darüber 42.— Mtl.

Hilfsarbeiterinnen, die noch in keiner Druckerei beschäftigt waren, erhalten als Einstellungslohn im ersten Vierteljahr zehn Prozent weniger. Nach diesem Vierteljahr aber den Minimallohn wie oben.

Anlegerinnen erhalten im Alter von 16 und 17 Jahren 40.— Mtl., von 18 bis 21 Jahren 43.— Mtl., von 22 Jahren und darüber 52.— Mtl.

Verheiratete Anlegerinnen erhalten im ersten Vierteljahr ihrer Ehezeit 33% Prozent weniger und dann vierteljährlich den vierten Teil der Differenz mehr.

Ueberstundenbezahlung, Nachtschicht, Feiertagsbezahlung usw. erfolgt genau nach den Sätzen des Buchdrucker-tarif.

Alle, die durch die Einführung dieses Tarifes nicht eine Aufbesserung des Lohnes von 5.— Mtl. erzielen, erhalten eine solche von 10.— Mtl.

Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Zur Schlichtung vorkommender Streitigkeiten in bezug auf diesen Vertrag wird ein Schiedsgericht gebildet.

Dieser Tarifvertrag tritt am 15. September in Kraft und behält seine Gültigkeit bis zum 31. Dezember, wenn nicht mittlerweile ein Reichstarif aufzude kommt. Wird der Vertrag nicht vier Wochen vor dem Termin gekündigt, so läuft derselbe jeweils vier Wochen weiter.

Erwähnt sei noch, daß die Christlichen glaubten, nachdem die unserer Organisation angehörigen Kollegen die Verhandlungen erzwungen hätten, mit einer Handvoll Mitglieber, die sie schnell am Tage vorher ergattert hatten, sich mit an den gebeten Tisch setzen zu können. Ein Verfahren, das hier wiederum nicht von Erfolg gekrönt war. Möge nun auch die Essener Kollegenchaft, die unseren Reihen noch nicht angehört, aus Vorstehendem ersehen, wo ihre Interessen gewahrt werden und daraus die Folgerungen ziehen.

## Teuerungszulagen- und Ferienbewegung.

Bremen.

Die Verhandlungen über neue Teuerungszulagen wurden am 23. September abgeschlossen. Für die Hilfsarbeiter wurde eine Erhöhung der Teuerungszulage von 12.— Mtl. für die Hilfsarbeiterinnen von 7,50 Mtl. festgelegt. Nachtarbeiter erhalten einen Zuschlag von 15.— Mtl. wöchentlich. Die erhöhten Löhne werden ab 1. Oktober gezahlt.

Stuttgart.

Die Verhandlungen über die neuen Forderungen waren hier besonders schwierig. Nach fünfständiger Beratung einigte man sich auf folgende Sätze:

Bedingte männliche Hilfsarbeiter bis zu 16 Jahren erhalten 5.— Mtl., über 16 bis 18 Jahre 6.— Mtl., über 18 bis 20 Jahre 8.— Mtl., über 20 Jahre 11.— Mtl., verheiratete Hilfsarbeiter 12.— Mtl.; weibliche bis 16 Jahren erhalten 5.— Mtl., über 16 bis 20 Jahre 7.— Mtl., über 20 Jahre 9.— Mtl.

Die Vereinbarungen haben bis zum 31. März 1920 Geltung, sofern nicht ein Reichstarif andere Regelung bringt.

Frankfurt a. M.

Hier ergaben die Verhandlungen nach mehrständigem hartnäckigen Widerstand der Unternehmer Zulagen in der Höhe von 3.— bis 11.— Mtl. für die Hilfsarbeiter. Alle Kollegen, die als Spezialarbeiter gelten (Anleger, Notationsarbeiter usw.), erhalten ab 1. Oktober eine neue Teuerungszulage von 11.— Mtl., die Anlegerinnen über 18 Jahre 8.— Mtl. Die anderen geringeren Sätze kommen weniger in Betracht, da die überzogene Mehrheit der organisierten Hilfsarbeiter zu den oben angeführten Kategorien zählt. Der Abschluß gilt bis 31. März 1920, falls reichstariflich nicht andere



Bestimmungen geschaffen werden oder Preisabbau oder -steigerung nicht vorzeitig Verhandlungen notwendig macht.

Einige Bahnhöfe geben in ihren Versammlungsberichten über das Resultat der Verhandlungen Kenntnis, worauf wir hier noch besonders hinweisen.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Eine ordentliche Mitgliederversammlung fand am 7. September statt. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls vom 21. August teilte Kollege Gloth mit, daß die Kollegen August Kessel, Heinrich Hoppe, Ernst Diebs, Emil Kubahn und die Kolleginnen Margarete Jüßböck, Elise Baumann und Marie Knöpfe verstorben sind. Die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Ferner wurde mitgeteilt, daß sich der Vorstand nochmals mit dem letzten Versammlungsbeschlusse betr. Wahl der Funktionäre beschäftigten mußte. Er empfahl folgende Entschließung: Der Vorstand hält den in letzter Versammlung herbeigeführten Beschluß, daß nur Funktionäre gewählt werden können, die auf dem Boden des sogenannten „unverfälschten“ Räteystems stehen, für die Organisation nicht fördernd. Der Ortsvorstand erklärt sich parteipolitisch für neutral und erhofft eine Ausbeutung des oben genannten Beschlusses. In gewerkschaftspolitischer Beziehung stellt sich der Ortsvorstand geschlossen hinter die Resolution der Gewerkschaftskommission vom 14. Juli.

Nachdem Kollege Kraas noch einige Erläuterungen gegeben hatte, wie dieser Vorstandsbeschlusse zu verstehen sei, nahm die Versammlung Kenntnis davon. Hierauf wurde in den Hauptwortstand Kollege Krumrey und als Revisor Kollege Rib gegen einige Stimmen gewählt. In die Redaktionskommission wurden einstimmig die Kollegen W. Grohmann und G. Schulz gewählt, in die Berliner Lohnkommission die Kollegen Hoed, Bergemann und Haake und in die Gewerkschaftskommission die Kollegen G. Grohmann, Hoed, Holz und Bergemann. Danach gab Kollege Gloth den Bericht über die Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen. Nachdem er den Gang der Verhandlungen geschildert hatte, die zwei Tage in Anspruch nahmen, teilte er mit, daß folgende Zulagen nach langer und reichlicher Beratung gewährt wurden ab 1. Oktober: 1. Männliche Hilfsarbeiter erhalten eine Zulage von 11 Mk. wöchentlich, mindestens aber einen Wochenlohn von 101.— Mk. 2. Anlegerinnen erhalten eine Zulage von 8.— Mk. wöchentlich, mindestens aber einen Wochenlohn von 76.— Mk. 3. Bogenfängerinnen bzw. Arbeiterinnen unter 17 Jahren erhalten eine Zulage von 3.— Mk. wöchentlich, mindestens aber einen Wochenlohn von 59,50 Mk. 4. Bogenfängerinnen bzw. Arbeiterinnen über 17 Jahre erhalten eine Zulage von 8.— Mk. wöchentlich, mindestens aber einen Wochenlohn von 62,50 Mk. 5. Bogenfänger über 17 Jahre erhalten eine Zulage von 11.— Mk. wöchentlich, mindestens aber einen Wochenlohn von 67.— Mk. 6. Bogenfänger unter 17 Jahren erhalten eine Zulage von 3.— Mk. wöchentlich, mindestens aber einen Wochenlohn von 57.— Mk. 7. Als Entschädigungsaufschlag für Ueberstunden wird mit Gültigkeit vom 1. September ab für die Dauer des obigen Abkommens gesahlt: für die ersten beiden Stunden 43 Pf., für die zweiten beiden Stunden 68 Pf., für die weiteren beiden Stunden 93 Pf. 8. Entsprechend der Erhöhung der Teuerungszulagen erhöht sich ab 1. Oktober 1919 die Bezahlung der Sonntags- und Extrarächte um 2.— Mk. In der Diskussion wurde betont, daß eine menschenwürdige Entlohnung mit diesen Zulagen nicht erreicht sei. Es wurde auf den Unterschied der Teuerungszulagen zwischen gelerntem und ungelertem Personal hingewiesen. Nach eingehender Diskussion wurde dem Vorschlage des Vorstandes gegen einige Stimmen zugestimmt. Hiernach sprach Kollege Baumgarten den in voriger Versammlung an den Vorstand zurückverwiesenen Antrag zur Gründung eines Unterstützungsfonds. Von diesem Antrag hatte der Vorstand Abstand genommen, er empfahl aber, mit Ausnahme der beiden niedrigsten Stufen, eine Erhöhung des Ortsbeitrages von 15 auf 30 Pf. Dieser Antrag wurde nach kurzer Diskussion gegen einige Stimmen angenommen. Kollege G. Grohmann erstattete hierauf Bericht über die Verhandlungen mit den chronolithographischen Anstalten und photographischen Kunstbrudrucktinstuten. Da man sich in den Verhandlungen mit den Prinzipalen nicht einigen konnte, wurde ein Schiedsgericht anrufen. Dieses setzte für Männliche 95.— und 100.— Mk. für Weibliche 65.— und 60.— Mk. als Mindestlöhne fest. Eine Versammlung der Personale dieser Anstalten nahm den Schiedspruch an. Eine kurze Diskussion endete damit, daß die in

lithographischen Anstalten, photographischen Kunstbrudrucktinstuten und Steinbrudruckeri beschäftigten Personen sich mehr wie bisher der Organisation anschließen müssen. Eine längere Diskussion riefen zwei Anträge hervor; der eine verlangte die Einberufung eines Verbandstages, der andere wollte das „Mittelungsblatt“ für Berlin besser ausgestalten. Der Vorstand verlangte bei derartig einschneidenden Anträgen die vorherige Einreichung beim Vorstand. Trotzdem wurden beide Anträge gegen einige Stimmen angenommen. Nachdem Kollege Fornfeist auf das am 21. September in der „Singakademie“ stattfindende Konzert des Gesangsvereins „Solidarität“ hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dresden.** Am 7. September hatte die hiesige Ortsverwaltung das Buchdruckeri-Hilfspersonal zu einer Versammlung im großen Saale des Volkshauses eingeladen, um über die Frage, welche Stellung nimmt das Hilfspersonal zu den ab 1. Oktober d. J. den Gehilfen zu gewährenden Teuerungszulagen, zu beraten, entsprechende Forderungen an die Prinzipale einzureichen und eine Neuregelung der Entschädigung für Nacharbeit in den Zeitungsbetrieben vorzunehmen. Kollege Franz Herrmann begründete zunächst eingehend die Berechtigung erneuter Teuerungszulagen, da die Lebenshaltung sich in letzter Zeit bedeutend verschlechtert und das Hilfspersonal dieselbe Existenzberechtigung hat wie die Gehilfenchaft. Die Prinzipale mühten sich schließlich auch selbst einsehen, daß das Hilfspersonal ein gleichberechtigter Faktor im Produktionsprozeß sei und an den Erträgen der Druckpreis erhöhungen ebenso teilnehmen müsse wie die gelernten Arbeiter. Nach längerer Debatte wurden aus der Mitte der Versammlung folgende Sätze für die sofort einzureichenden ab 1. Oktober gültigen Forderungen aufgestellt und einstimmig angenommen: Zulage für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 8.— Mk. pro Woche, für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 10.— Mk., über 20 Jahre 16.— Mk., für weibliche Lehrlinge 5.— Mk., für alle übrigen weiblichen Arbeiter 10.— Mk. Für alle (auch in Wechselschicht) nachts Beschäftigten wird ein Pauschalaufschlag von 20 Prozent gefordert. Hierauf wurde eine Lohnkommission aus dem in Zeitungsbetrieben beschäftigten Hilfspersonal gewählt, die die sich nötig machenden Verhandlungen mit den Prinzipalen der Zeitungsbetriebe führen wird. Betreffs der Abzidenbetriebe wurde die Wahl einer derartigen Kommission dem Gesamtvorstande überwiesen, da die Einreichung der Forderungen an Zeitungs- und Abzidenbetriebe besonders gewünscht wird. Früher gemachte Erfahrungen haben eine derartige Trennung als praktisch erwiesen. Sehr interessant gestaltete sich eine Debatte, in deren Verlauf die Abwehr unserer Forderungen seitens der Prinzipale geschildert wurde. Man hatte sogar trotz unserer sozialistischen Geseggebung mit Arbeiterentlassungen gedroht, falls die Forderungen aufrechterhalten würden. Ein Beweis, daß sich unsere Geseggebung bis dato noch nicht die gebührende Achtung gegenüber dem Kapitalismus verschafft hat, denn sonst würden die Paragraphen des Demobilisierungsgehezes nicht so oft in derartigen Fällen von den Arbeitgebern im Druckgewerbe umgangen werden. Kollege Herrmann schilderte seine Erfahrungen als Arbeitsnachweiser aus letzter Zeit. Er konnte mitteilen, daß die Herren systematisch Arbeiterentlassungen vornehmen, oft nur auf kurze Zeit, um ja kein Risiko zu tragen und dieses der Erwerbslosensfürsorge auszuwälzen. Nachdem auch noch das Vorgehen der „Dresdner Volkszeitung“ in ähnlicher Weise einer scharfen Kritik unterzogen worden war, ermahnte Kollege Herrmann die Anwesenden, unaufhörlich bemüht zu sein, die gewerkschaftliche und politische Organisation zu stärken, um für den Entkampf zur Abschaffung des Kapitalismus aufgestärkt und gerüstet zu sein.

**Dresden.** Am 12. September fand in der „Jentralhalle“ eine gut besuchte Versammlung des Stein- und Buchdrucker-Hilfspersonals statt. Sie befaßte sich mit dem Ablauf unseres Lohntarifes und unseren neuen Forderungen, nachdem die Verwaltung und die Vertrauenspersonen sich bereits dahingehend entschieden hatten, das bestehende Abkommen ab 1. Oktober weiterhin zu verlängern und diverse Punkte gleichzeitig einer Revision zu unterziehen. Kollege Herrmann hatte unter Zugrundelegung des Steinbrucker-Reichstarifes und verschiedener sozialer Abmachungen anderer größerer Bahnhöfe in letzter Zeit die zu stellenden Forderungen neu bearbeitet und zusammengestellt. Er erläuterte die einzelnen Paragraphen eingehend, um etwaige Mißverständnisse zu vermeiden. Zunächst soll hinsichtlich der Arbeitszeit daran festgehalten werden, daß das Hilfspersonal von den einzelnen Firmen nicht etwa zu Mehrleistungen herangezogen wird, sondern stets nur dieselbe Stundenzahl arbeitet wie die Gehilfenchaft. Betreffs der Entlohnung des

Hilfspersonals muß natürlich den tatsächlichen Teuerungszulagen Rechnung getragen werden. Da der Buchdruck ab 1. Oktober wieder Zulagen gewährt und eine Verbilligung der Lebensbedingungen vorläufig ausgeschlossen ist, sind auch die Beschäftigten im Steinbrucker Gewerbe, mit Lohnzulagen vorstellig zu werden. Hierbei sei gleich mit erwähnt, daß die Dresdner Prinzipale mit Ausnahme weniger Herren bisher nur in den jetzt bestehenden Abmachungen festgelegten Mindestlöhne bezahlten und daß selbst langjährige Arbeiter im Betriebe trotz ihrer Verdienste keine Berücksichtigung mit höherer Entlohnung finden. Einzelne unserer männlichen wie weiblichen Mitglieder haben sich ohne Zutun des Verbandes Zulagen herausgeholt. Ebenso haben auch einige Firmen auf Ansuchen hin in einsichtsvoller Weise Zulagen bewilligt. Das sind aber in Dresden nur Seltenheiten. Der Höchsthohn für Steinbrucker oder sonstige männliche Hilfsarbeiter soll mit 80.— Mk. normiert werden und alsdann den Altersklassen entsprechend in vier Staffeln mit 80.—, 65.—, 55.— und 50.— Mk. abfallen. Hierzu kommen noch 5.— Mk. für diejenigen Personen, die ein Jahr im Verufe tätig sind. In gleicher Weise sollen die Anlegerinnen-Löhne mit 52.—, 50.—, 48.— und 46.— Mk. gestaffelt werden, ebenso die Löhne der sonstigen Hilfsarbeiterinnen mit 50.—, 48.—, 46.— und 44.— Mk. Letztere Löhne vermindern sich um 3.— Mk. bei solchen weiblichen Personen, die noch nicht ein halbes Jahr im Verufe tätig sind. In der weiteren Diskussion wurden noch verschiedene Verstöße und Umgehungen der erst seit kurzer Zeit bestehenden Abmachungen bekannt. Gewisse Firmen streben danach, möglichst jüngeres Personal einzustellen. Dieser durchsichtige Trick bezweckt, die Ausgaben für Löhne herabzumindern, da die Entlohnung der jugendlichen Kräfte geringer ist. Älteren Leuten droht man, sie auf die Straße zu setzen. Hoffentlich wird die baldige Einführung des Betriebsrätesystems derartigen Unternehmern Moral und Recht begreiflich machen. Die ungestrafte Handhabung solcher Maßnahmen seitens der Herren Arbeitgeber würde mit der Zeit zunächst ein Heer von Arbeitslosen schaffen. Damit wurde der Beweis erbracht, wie man unternehmerseitig verfuhr, paritätisch eingegangene Verpflichtungen zu umgehen und illuzorisch zu machen. Verletzungen tariflicher Abmachungen seitens des Hilfspersonals würden jedenfalls von der anderen Seite mit großem Geschrei verurteilt werden. Kollege Franz sprach die vorgebrachten Klagen im allgemeinen und betonte, daß hier nur die Mitglieder selbst und namentlich die fraglichen Arbeiterausschüsse die Schuld tragen, wenn derartige Uebertretungen und andere Maßnahmen der Arbeitgeber zu verzeichnen sind. Nach der ganz richtigen Meinung des Redners habe sich leider das Dresdner Hilfspersonal seither viel zu viel leisten lassen, weshalb diese Herren verwöhnt worden seien und nun eine energische Sprache und Handlungsweise nicht verstehen wollen. Man wolle demnach in die Ausschüsse nur Leute, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie in allen Fällen die Interessen des Personals zu wahren verstehen. Nachdem auf Grund der erfolgten Aussprache noch verschiedene Verhandlungen bei diversen Forderungen im vorzulegenden Entwurf vorgenommen wurden, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden müssen, ob die Herren unserem Verlangen entsprechen werden oder ob wieder durch Kommissionsverhandlungen diese Angelegenheit zu Ende geführt werden soll. Unter Gewerkschaftlichem gab Kollege Herrmann seinem Unwillen Ausdruck über viele Austritte und Beitragsrückstände. Viele namentlich weibliche Personen sind nur solange Mitglieder, als sie von ihrer Verbandszugehörigkeit einen klingenden Vorteil genießen. Ist es gelungen, durch lange und schwierige Verhandlungen wieder etwas für die Mitglieder herauszuholen, so sind in der Regel alle dabei. Handelt es sich aber darum, Opfer für eine Sache zu bringen und dauernd für die Organisation und deren Fortbestehen einzutreten, um jederzeit kampfbereit zu sein, so fehlt ihnen die gewerkschaftliche Ueberzeugung und Treue, mit welchen Eigenschaften letzten Endes alle Errungenschaften jezt und in Zukunft nur durchgeführt werden können.

**Eger i. B.** Nachdem es am 29. und 30. August in Weiskopf gelungen war, einen neuen Tarif abzuschließen, versuchte die Firma Gumbach, anderswo ihre Arbeiter billiger zu bekommen. Dies gelang ihr um so leichter, da der Fürsorgeausschuß in Eger sich darum bemühte, für die Arbeiterinnen Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Um einer Verschlechterung der tariflich festgelegten Bedingungen vorzubeugen, fand am 13. September, morgens 10 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Versammlung, welche sich auch zu gleicher Zeit mit der Gründung einer Bahnhöfe befaßte, war von allen dort Beschäftigten besucht. Kollege Sparrhöf

sagte in seinen Ausführungen, eine gute Organisation bürge dafür, daß die bebrängte Lage der Arbeiterinnen in Enger gebessert werde. Sie brauchen sich nicht nach Bielefeld als Lohnbrücker zu lassen. Es sei nur notwendig, sich zu organisieren. In der Diskussion wurde festgestellt, daß in der einzigen Druckerei von Zeitgenossen noch Löhne für Arbeiterinnen von 16 bis 17 Mk. bestehen. Ein Hilfsarbeiter, der Kriegsinvalid ist und alle Arbeiten eines Buchdruckers verrichten muß, erhalte 35.— Mk. Es wurde beschlossen, eine den jetzigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Zulage zu fordern. Für die Arbeiterinnen, die für Grundlach arbeiten, sollen dieselben Sätze gefordert werden, wie sie in der Fabrik bezahlt würden. Dann wurde die Gründung einer Zählstelle beschlossen. 40 Mitglieder kamen zur Aufnahme. Gewählt wurden als Vorsitzende Kollegin Ottilie Säger, als Kassiererin Kollegin Johanne Kirchhoff, als Schriftführerin Kollegin Emilie Schlüter. Weiter wurden noch die Kolleginnen Johanne Heise und Marie Fischer als Beisitzerinnen und Kollegin Säger als Kartellgeleierte bestimmt. Nach Erledigung einiger Anfragen und dem Hinweis, nun aber auch fest zusammenzuhaltend, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Verhandlungen, die sofort seitens der Arbeiterinnen aufgenommen wurden, scheiterten. Die Kolleginnen legten darauf einmütig die Arbeit nieder. Kollege Spatzfuß, der sofort telegraphisch gerufen wurde, veranlaßte, daß die Firma zwecks Verhandlung einen Vertreter nach Enger sandte, um die Differenzen beizulegen. Inzwischen wurden die Kollegen Spatzfuß und Faust bei der Firma Titgemeier vorgestellt, um auch hier die Angelegenheit zu regeln. Obwohl Herr Titgemeier sich absolut auf nichts einlassen wollte, ja sogar erklärte, die Arbeiterinnen seien mit dem Lohn zufrieden, mußte er sich doch überzeugen lassen, daß mit derartigen Löhnen keiner existieren könne, wenn auch die Verhältnisse dort, wie er angäbe, billiger seien wie anderswo. Nach circa zweistündiger Verhandlung wurde einer Erhöhung von 13.— Mk. pro Woche für den Hilfsarbeiter und einer solchen von 7.— Mk. für die Arbeiterinnen zugestimmt. Wenn auch nach unserm Ermessen der jetzige Lohn noch ein zu niedriger ist, so ist das Erreichte für Enger nach den dort gelagerten Verhältnissen ein guter Fortschritt. Dann wurden die Verhandlungen mit dem Vertreter der Firma Grundlach in Gegenwart des Fürsorgeausschusses und der Arbeiterinnen aufgenommen. Der Vertreter erklärte, daß die Firma jetzt bereit sei, den für Bielefeld vereinbarten Satz zu zahlen bei einem Abzug von 20 Prozent für Transportkosten. Dies wurde von den Arbeiterinnen abgelehnt. Darauf wurde vom Kollegen Spatzfuß ein Vorschlag gemacht, der auch vom Fürsorgeausschuß wie von den Arbeiterinnen angenommen wurde. Und zwar sollen demnach die Arbeiterinnen von jetzt bis zum 31. Dezember 1919 erhalten: bis 15. Jahre 18.— Mk., von 16 bis 18 Jahren 20.— Mk., von 18 bis 20 Jahren 22.— Mk. und über 20 Jahre 24.— Mk. Nach dem 31. Dezember soll dann der Abford wieder eingeführt werden. Den Arbeiterinnen soll es freistehen, schon früher in Abford zu arbeiten. Mit diesem Vorschlag waren alle einverstanden. Der Vertreter der Firma erklärte, dieses Abkommen der Firma zu unterbreiten, und er würde alles versuchen, die Zustimmung der Firma zu erreichen. Auf die Frage, ob die Arbeiterinnen nun die Arbeit wieder aufnehmen würden, erklärten die Arbeiterinnen, die Arbeit nicht eher aufnehmen zu wollen, bis der Bescheid der Firma ergangen sei. Der Vertreter sagte zu, daß am Dienstag, den 23., der Bescheid da sein sollte. Es liegt nun an der Firma, den berechtigten Forderungen ihre Zustimmung zu geben und den Streik beizulegen. Sichtlich hat die Firma Grundlach das Einsehen, so daß beide Teile befriedigt sind. Die Arbeiterinnen Engers aber mögen bedenken, nur fester Zusammenhalt und eine kräftige Organisation kann Vorteile bringen. Darum muß Einigkeit die Lösung sein.

**München.** Am Dienstag, den 23. September, fand im „Colosseum“ eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Zählstelle München mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Massenbericht vom zweiten Quartal. 2. Bericht vom Montag in Regensburg. 3. Bericht über die eingereichte Teuerungsulage. 4. Verschiedenes. Den Massenbericht, welcher eine ganz respektable Aufwärtsentwicklung gegenüber den vorhergehenden Quartalen aufwies, erstattete die Kollegin Buxfert. Die Revisionskommission beständige, Kasse und Widder in der besten Ordnung vorgefunden zu haben. Den Bericht vom Montag in Regensburg erstattete Kollege Lehmeier. Er wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Ueber unsere Forderung auf Teuerungsulage berichtete Kollege Schmid, welcher in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer weiteren Teuerungsulage begründete, ein dies-

bezüglich an den Verein Münchner Buchdruckereibesitzer gelaubtes Anschreiben der Versammlung bekanntgab und anschließend das Antwortschreiben der Prinzipale verlas. Gefordert wurden dieselben Zulagen, wie sie den Berliner Kollegen und Kolleginnen bereits bewilligt wurden, und zwar für männliche Hilfsarbeiter 11.— Mk., für weibliche Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre 8.— Mk. und für Hilfsarbeiterinnen unter 17 Jahren 8.— Mk. pro Woche neue Teuerungsulage. Nachdem der Verein Münchner Buchdruckereibesitzer in seinem Antwortschreiben vom 20. September behauerte, daß wegen der Abwesenheit einiger maßgebender Herren der Vorstandschaft die Wünsche der Hilfsarbeiterschaft noch nicht erledigt werden konnten, jedoch bis spätestens zum 26. September mit uns die Angelegenheit zum Abschluß bringen will, erfolgte die Wahl einer Lohnkommission, in welche die Kollegen Koller, Wischmann, Weiss, die Kolleginnen Fischer und Brey gewählt wurden. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde zunächst die Notwendigkeit der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zum Ausdruck gebracht und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige außerordentliche und stark besuchte General-Versammlung der Zählstelle München schließt sich dem Wunsche der baldigen Einberufung eines Verbandstages an, um die brennenden wirtschaftlichen Fragen unseres Organisationslebens einer dringenden Lösung zuzuführen, eine statutarische Neuregelung vorzunehmen und erwartet, daß politische Erörterungen vom Verbandstage ferngehalten werden.“

Die Versammlung erwartet im Gegenzug zu der Berliner Zählstelle, daß es bald gelingt, einen Reichstaxi zu schaffen, der nicht nur den großen Zahlstellen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse schafft, sondern auch die überaus traurigen Lohnverhältnisse der Provinzorte endlich einer Besserung zuführt.“

Ferner teilte der Kollege Schmid der Versammlung mit, daß er am 1. Oktober als Vorsitzender und Gauleiter ausscheidet, danke der Kollegenschaft für das ihm jederzeit bewiesene Vertrauen und er suchte, daselbe seinem Nachfolger ebenfalls entgegenzubringen. Kollege Bergler schilderte in kurzen Worten Entstehung und Entwicklung der Münchner Zählstelle bis zum heutigen Tage die sich aus ganz kleinen Anfängen heraus zu einem stolzen Bau innerhalb unseres Verbandes entwickelt hat und ausschließlich das Werk des nun scheidenden Kollegen Schmid ist. Er konnte deshalb bei der Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, an dieser Stelle im Namen der Münchner Kollegenschaft dem Kollegen Schmid den herzlichsten Dank entgegenzubringen. Eine Kollegin der „Münchener Neuesten Nachrichten“ überreichte unserm scheidenden Vorsitzenden unter herzlichsten Worten des Dankes für seine überaus erprießliche Tätigkeit einen prächtigen Blumenkorb. Kollege Lehmeier danke zunächst für das Vertrauen, welches ihm die Münchner Kollegenschaft entgegengebracht hat, gab der Hoffnung Ausdruck, daß dies auch fernerhin der Fall sein möge, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit führen uns zu dem Ziel, welches wir uns gesteckt haben. Einige Stunden gemüthlichen Beisammenseins bildeten den Schluß der Versammlung.

### Rundschau.

**Vereinigung der Angestelltenverbände.** Zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Verband der Bureauangestellten ist es nach Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlungen zu einem Zusammenschluß gekommen. Die beiden Organisationen haben sich unter dem Namen „Zentralverband der Angestellten“ vereinigt und sind mit einer Mitgliederzahl von 350 000 die größte Angestelltengewerkschaft der Welt. Der Handlungsgehilfenverband zählte vor dem Kriege 26 054, der Bureauangestelltenverband 9165 Mitglieder. Die Handlungsgehilfen haben ihre Mitgliederzahl mehr als verzehnfacht, während die Bureauangestellten ihren Bestand nur etwa verdreifachten.

**Reichstaxi für die Hilfsarbeiter Oesterreichs.** Mit diesem Jahre laufen die von unserer Brudervergängerin in Oesterreich meist auf lokaler Grundlage geschaffenen Tarife ab. Die Verbandsleitung glaubt bei den Unternehmern jetzt mehr Geneigtheit für den Abschluß eines Zentraltarifes zu finden. Die Erfahrungen bei den Verhandlungen über Teuerungsulagen und bei der Revision der Lohn-tarife im Vorjahre haben erkennen lassen, daß die Vertreter der Prinzipalorganisation ebenfalls den Abschluß eines Reichstarifes wünschen. Die Einigkeit der Prinzipale kommt etwas verspätet, denn bei der Tarifbewegung im Jahre 1913 lehnten sie den Antrag der Hilfsarbeiter ab, weil, wie der „Druckereiarbeiter“ berichtet, die Frage noch nicht spruchreif gewesen sei. Jetzt werden sie sich der

Notwendigkeit einer zentralen Regelung nicht mehr verschließen können.

**Der Oesterreichische Buchdruckerverband** behandelt in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1918 die organisatorische und wirtschaftliche Lage der Oesterreichischen Gehilfen. Bei einem Mitgliederstand von 16 252 vor dem Kriege sank die Mitgliederzahl nach dem Zerfall der Donaumonarchie im Jahre 1918 auf 7881. Dem Verband verblieben am Schlusse des Berichtsjahres nur noch acht Vereine. Ende März 1919 traten dann noch der mährische und Ende Mai der schlesische aus dem Verbande aus, gezwungen durch die politischen Veränderungen. Die Organisation der Gehilfen zählt in diesem Jahr 6812 Mitglieder.

Von einer Revision des Tarifvertrages wurde in Anbetracht der unsicheren Verhältnisse abgesehen. Es kam nach längeren Verhandlungen zu einer einjährigen Verlängerung des Tarifvertrages. Die Grundpositionen wurden um 35 Prozent erhöht.

Einen Erfolg erzielte der Verband mit den Vereinbarungen über Teuerungsulagen. Allerdings wurde mit der Aktion zu spät eingesezt. Die Gehilfen in Oesterreich stoßen bei ihren Unternehmern auf denselben Widerstand wie wir in unserm Vaterlande. Die Prinzipale klagen und jammern, daß das Gewerbe zugrunde gehen müsse, die schlechte Geschäftslage und die hohen Forderungen der Arbeiter seien sein Kain. Einfiucht und Entgegenkommen ist dort so selten wie hier.

### Adressentafel.

**Enger** (Kreis Herford). Vorsitzende: Ottilie Säger, Mellerstr. 165. — Kassiererin: Johanne Kirchhoff, Wörbe 87.

**Deberan i. S.** Vorsitzende: Emil Geißler, Frankenbergerstr. 374 B.

**Widau.** Vorsitzende: Klara Stopp, Moritzstr. 5. — Kassiererin: Albert Anderleit, Dswaldstr. 6.

**Freiling.** Vorsitzende: Josef Duxbacher, Ziegelgasse 487. — Kassiererin: Theresie Fischer, Am Büchl.

### Nachruf.

Blötzlich und unerwartet starb die Kollegin

### Franziska Lehmann

(Dresdner Volkszeitung)

inmitten ihrer Tätigkeit an einem Schlaganfall. Die Verstorbene war eine unermüdbliche Förderin des Sozialismus und trotz ihres hohen Alters stellte sie bis zu ihrem Ableben ihre Person in den Dienst der Partei.

Ehre ihrem Andenken!

Die Zählstelle Dresden.

### Nachruf.

Am 14. September verstarb an den Folgen einer Operation die Kollegin

### Martha Runz

(i. Fa. Christl. Verlagshaus)

im Alter von 20 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zählstelle Stuttgart.

### Nachruf.

Am 21. September 1919 verstarb unser Mitglied

### Karl Krümer

im Alter von 85 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt dem

Verstorbenen

Die Kollegenchaft der Zählstelle Mühlhausen.

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 11. Oktober 1919. — Redaktionsklub am 6. Oktober 1919.